



europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 1/2022



“

Interview mit Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

«Der Krieg in der Ukraine bringt die europäischen Staaten näher zusammen.»

Seite 6

INHALT

EUROPÄISCHE AKTUALITÄT

- 3 Der Krieg gegen die Ukraine – auch eine Zeitenwende für die EU
- 4 Klare Forderungen der europäischen Jugend
- 5 Die europäischen Jugendstrategien

INTERVIEW

- 6 Interview mit Věra Jourová

BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – EU

- 9 Mehr Europa – jetzt erst recht

AKTIVITÄTEN DER EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

- 10 Die Bedeutung eines «europäischen» Vermächtnisses
- 11 Weg von der Ersatzbank, bewegen wir uns endlich

INTERNATIONAL

- 12 Der Krieg in der Ukraine erfordert neue Prioritäten

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 13 Während Europa von einer Krise in die nächste rutscht, ist die Stimme der Jugend wichtiger denn je!

SEKTIONEN

- 14 Vom gallischen Dorf zur Wohngemeinschaft

LITERATUR

- 15 Missverständene Souveränität

Zeitenwende in Europa – und wo steht die Schweiz?

Liebe Leserin, lieber Leser

Mit dem russischen Angriff gegen die Ukraine ist nach Jahren des Friedens und der Stabilität der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Dieser durch nichts gerechtfertigte Krieg hat weitreichende Folgen für die Demokratie und Sicherheit in der Ukraine, für den gesamten europäischen Kontinent und möglicherweise darüber hinaus.

Während Vielen das europäische Projekt auf den ersten Blick als reiner wirtschaftlicher Zusammenschluss mehrerer Staaten

Die EU ist also in erster Linie ein Projekt. Aus dem Projektmanagement wissen wir, dass sich Projekte niemals in einem statischen Zustand befinden sollten. Sie sollten agil sein, äussere sowie innere Veränderungen müssen laufend berücksichtigt werden. Genau dies tut die EU: Sie passt sich neuen Gegebenheiten an, entwickelt sich und versucht vorwärtszugehen – wie wir es in den letzten zehn Jahren in den Bereichen der Aussenpolitik, der Sicherheit, der



© Schweizerisches Parlament

Eric Nussbaumer

Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz

erscheinen mag – was angesichts der in der Schweiz bislang mehrheitlich ökonomisch geprägten Debatte über Europa nicht besonders erstaunt –, steckt bei Weitem mehr dahinter. Die Vordenker legten mit ihrer Vision von einem geeinten, friedlichen und demokratischen Europa den Grundbaustein für die heutige Europäische Union. Die EU mag vieles sein, aber sie ist vor allem ein Friedens- und Freiheitsprojekt. Mit der Gründung der Kohle- und Stahlgemeinschaft wurde in Europa nach Jahren des Kriegs nämlich zuallererst das vergemeinschaftet, was es für die Kriegsführung braucht, um blutige Auseinandersetzungen in Zukunft verhindern zu können. Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte wurden vorsichtig als kleine Samen gesät, die sich über die Jahre entfaltet haben und die unserem Kontinent Wohlstand, Sicherheit und Fortschritt gebracht haben.

Gesundheit, der Sozialpolitik oder des Umweltschutzes beobachten konnten. Während sich Europa und die Welt um uns herum stark verändern, muss sich auch die Schweiz bewegen. Es ist an der Zeit, dass sie klar Stellung bezieht, sich unmissverständlich und mit vollem Engagement dem europäischen Projekt hingibt. Aus Solidarität mit der Ukraine, mit unseren europäischen Nachbarn und aus Wertschätzung für die europäische Zusammengehörigkeit, der wir uns niemals entziehen können und von der wir stark profitieren. Wenn nicht jetzt, wann dann hat die simple Aussage «Wir sind Europäer:innen» mehr Bedeutung? Lassen Sie uns das aktiv zeigen. Betrachten wir uns endlich als Teil Europas und streben stabile, partnerschaftliche Beziehungen an. Mit der Möglichkeit zur Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum oder dem Beitritt zur EU stehen uns nach wie vor bewährte Optionen offen. ★

Der Krieg gegen die Ukraine – auch eine Zeitenwende für die EU

von **Viola von Cramon-Taubadel**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die völkerrechtswidrige Invasion durch die russischen Truppen in der Ukraine hält uns mit einer gezielten menschenverachtenden Brutalität auf erschütternde Weise vor Augen, was es bedeutet, wenn ein mächtiger Staat dem kleineren Nachbarn sein Existenzrecht abspricht. Der auf Vernichtung orientierte Krieg muss dabei auch als Angriff auf die Idee der Ukraine als funktionsfähige Demokratie und damit als Angriff auf die Freiheit von uns allen verstanden werden. Die Ukraine und ganz Europa stehen vor Herausforderungen, die nun wahlweise als historische Zäsur, Zeitenwende oder Zerreißprobe betitelt werden und deren Ausgang zukunftsweisend für uns alle sein wird.

Dazu sind zwei Dinge wichtig. Erstens: Weder die Ukraine noch deren europäische Verbündete haben diese Situation provoziert. Zweitens: Hinter dieser Tatsache können wir uns nicht verstecken, sondern wir Europäer:innen haben es aktiv in der Hand, ob Grenzverschiebungen mit Hilfe von Militär, Deportationen, Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung und das Auslösen von Nationen im 21. Jahrhundert zugelassen werden.

Solidaritätsbekundungen reichen nicht aus

Bezüglich des Kriegsgeschehens reichen reine Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine nicht aus, sondern müssen mit konkreten Taten einhergehen. Unterstützung muss schneller, umfassender und unbürokratischer erfolgen. Seit dem 24. Februar beobachten wir, wie geeint die EU auf diesen Angriffskrieg reagiert. Dabei wurde offensichtlich, dass einige EU-Mitgliedstaaten auf diese Ausnahmesituation besser vorbereitet waren und der Ukraine mit ihren Unterstützungsmassnahmen mehr als nur rhetorisch und vor allem schneller zur Seite stehen konnten. Andere dagegen – und dazu zähle ich leider auch Deutschland – zeichnen sich durch ein ständiges Zögern und Zaudern aus. Statt der erwarteten Führungsrolle zeigt sich die stärkste EU-Volkswirtschaft immer noch als sicherheitspoliti-

scher Zwerg, der sich in Widersprüchen verfängt und Angst vor der eigenen Courage zu haben scheint.

Deutschlands Rolle ist geprägt durch jahrelange strategische Fehlentscheide gegenüber Russland, vor allem durch die enge bilaterale (fast alternativlose) Bindung an russisches Gas und Öl. Aber die Fehlstellungen in der deutschen Russlandpolitik gehen tiefer: Sie resultieren aus Entscheidungen in der militärischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit sowie der medialen Beschreibung Russlands. Das hatte über Berlin hinaus auch immer wieder Auswirkungen auf Entscheidungen in Brüssel. Für diese strategischen Fehlentscheidungen müssen nun die Ukrainer:innen in einem fast unverzeihlichen Masse bluten.

Reformen sind überfällig

Es stellt sich hier die Frage, welche Massnahmen notwendig wären, damit Mitgliedstaaten ihre eigenen aussen- und wirtschaftspolitischen Interessen tatsächlich an den europäischen Werten ausrichten. Wie sollte sich Europa im Zuge von Putins Angriffskrieg und dessen endgültigem Abschied von der regelbasierten europäischen Sicherheitsarchitektur neu aufstellen? Zunächst erfordert es ein Bekenntnis zu einer mutigeren gemeinsamen Aussenpolitik, die nicht nur militärische Resilienz (inklusive des digitalen Raums) stärkt, sondern auch die klima- und energiepolitischen Dimensionen miteinbezieht und so besser vorbereitet auf Krisen reagieren kann. Ein grundsätzlicher Reformprozess innerhalb der EU ist hierfür überfällig und sollte vor allem die Entscheidungsprozesse selbst im Blick haben. Nachbarschafts- und Erweiterungspolitiken müssen mit neuem Schwung und Glaubwürdigkeit angegangen werden. Der Krieg in der Ukraine hat uns brutal vor Augen geführt, dass es ohne einen konsequenten und strategischen Integrationsprozess der EU-Nachbarstaaten langfristigen Frieden und Stabilität in Europa nicht geben wird. ★



© Viola von Cramon-Taubadel

VIOLA VON CRAMON-TAUBADEL

ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und gehört dort der Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz an. Sie ist Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (Berichterstatte-rin für den Kosovo) und Stellvertreterin in den Ausschüssen für Industrie, Forschung und Energie, für Kultur und Bildung und für Haushaltskontrolle; seit Juli 2020 ist sie ausserdem Mitglied des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschliesslich Desinformation. Darüber hinaus ist von Cramon-Taubadel die erste stellvertretende Vorsitzende der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung EuroNest, der Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Serbien sowie stellvertretendes Mitglied der EU-Russland und EU-Japan Delegationen. Zuvor war sie von 2009 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, wo sie Sprecherin ihrer Fraktion für EU-Aussenbeziehungen und Sportpolitik war. Während ihres Studiums der Agrarökonomie hatte sie bereits in internationalen Projekten in Russland, Belarus, der Ukraine, Estland, Polen und China gearbeitet.

Klare Forderungen der europäischen Jugend

von **Silja Markkula**, Präsidentin des Europäischen Jugendforums

Silja Markkula betont die Bedeutung des Einbezugs künftiger Generationen in das europäische Projekt. Was fordern junge Menschen von der EU und wie kann diese ihnen helfen? Als Vertreterin von 106 europäischen Jugendorganisationen unterbreitet Silja konkrete Vorschläge für ein wirkungsvolles Europäisches Jahr der Jugend.



© Silja Markkula

SILJA MARKKULA ist Präsidentin des Europäischen Jugendforums, der grössten Plattform für Jugendorganisationen in Europa, die Millionen junger Menschen vertritt. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Finnin in verschiedenen Jugendorganisationen für die Rechte junger Menschen in der EU, im Europarat und bei den Vereinten Nationen eingesetzt. Sie hat zahlreiche Erfahrungen im nationalen finnischen Jugendrat Allianssi und in der Weltorganisation der Pfadfinderbewegung gesammelt.

2022 ist das Jahr der europäischen Jugend. Vor welchen Herausforderungen steht unsere Generation? Viele heutige Entscheidungsträger:innen sind in einer anderen Welt aufgewachsen als wir: in einer Welt mit hohen Zinssätzen, tiefer Arbeitslosigkeit und Vertrauen in den Fortschritt. Im Gegensatz dazu sehen wir uns mit noch nie dagewesenen Unwägbarkeiten konfrontiert und verlangen deshalb konkrete Lösungen.

Die Prioritäten sind klar

Denken wir schon nur an die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Unsicherheit oder die Probleme im Bereich der psychischen Gesundheit der Bevölkerung. Europa befindet sich in einer tiefgreifenden Krise, während Jugendliche in einer schwierigen Lebensphase stecken. Nach Finanzkrise und Covid-19-Pandemie verspüren viele Angst und Stress. Darauf braucht es nun starke soziale Antworten.

Untersuchungen des Europäischen Jugendforums haben jedoch ergeben, dass die Entscheidungsträger:innen gerade den Beschäftigungsmöglichkeiten, der Bildung und der psychischen Gesundheit junger Leute wenig Aufmerksamkeit schenken. Lösungen können nicht ohne den Einbezug unserer Stimme gefunden werden. Im Jahr der europäischen Jugend hoffen wir daher ganz besonders auf Unterstützung und eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen.

Die EU nutzt dieses Jahr, um die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Jugend zu lenken, und wir wollen diese Gelegenheit nutzen. Anstelle schöner Slogans fordern wir jedoch konkrete Taten.

Notwendige Schritte

Erstens sollte die EU einen «Jugendcheck» einführen: eine Folgenabschätzung für Jugendliche, die sicherstellt, dass kein Gesetzesvorhaben sich negativ auf junge Menschen auswirkt. In politischen Prozessen sind junge Leute unterrepräsentiert – ein Problem, dem ein konsultativer «Jugendcheck» entgegenwirken kann.

Zweitens müssen mehr Informationen über die Lebensrealität junger Menschen verfügbar gemacht werden. Denn für wirksame Strategien und Massnahmen muss man die Hürden verstehen, mit denen junge Menschen im Alltag – etwa bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Wohnung – konfrontiert sind. Diese Informationen müssen sozioökonomische Unterschiede berücksichtigen, um soziale Ungleichheiten innerhalb der jungen Generationen abzubilden.

Drittens brauchen junge Menschen einen leichteren Einstieg ins Berufsleben. Unbezahlte Praktika haben bezahlte Einstiegspositionen fast vollständig verdrängt und verhindern eine würdige Anstellung. Junge sind zunehmend gezwungen, jahrelang in sogenannten «Lernangeboten» zu schuften, bevor Arbeitgeber:innen sie überhaupt für eine Mindestlohnstelle in Betracht ziehen. Manche können in dieser Zeit auf finanzielle Unterstützung durch die Eltern zählen, aber für viele andere bedeutet diese Praxis das Aus ihrer Träume. Deshalb gehören unbezahlte Praktika abgeschafft.

Wir fordern, dass unsere Vorschläge in den EU-Gesetzgebungsprozess einfließen und dass gleichzeitig permanente, integrative Gesetzgebungsmechanismen geschaffen werden, die sicherstellen, dass unsere Stimmen auf institutioneller Ebene konsequent vertreten sind.

Alle jungen Menschen haben eine gute Zukunft verdient. Das Europäische Jahr der Jugend bietet die Gelegenheit, dieses Versprechen einzulösen, in die heutige junge Generation zu investieren und Instrumente zu schaffen, die der Jugend auch nach 2022 ihre Rechte einräumen. ★

Die europäischen Jugendstrategien

von **Dr. Howard Williamson**, Professor für europäische Jugendpolitik, University of South Wales

Junge Menschen in ganz Europa sehen sich mit einem gewaltigen Sturm konfrontiert: Ihnen stehen Herkulesaufgaben in den Bereichen Demokratie, Wirtschaft, Klima, Sicherheit und Gesundheit bevor, während sie gleichzeitig versuchen, erwachsene Staatsbürger:innen zu werden und Verantwortung zu übernehmen.

Die Ausgangslage und die Chancen für Jugendliche sind sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Ländern unterschiedlich. Die europäischen Institutionen haben jedoch zunehmende Anstrengungen unternommen, um die Bedingungen für junge Menschen zu verbessern und die wichtigsten Probleme anzugehen. Lange vor dem Krieg in der Ukraine, aber kurz vor der Covid-19-Pandemie, drehten sich die Sorgen um wirtschaftliche Veränderungen (Jugendarbeitslosigkeit) und einen sinkenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum. In diesem Kontext wurden die EU- Jugendstrategie 2019–2027 und die Jugendbereich-Strategie 2030 des Europarats erarbeitet.

Das Jahr 2022 wurde zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Für die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union lautet das Mantra ihrer Jugendstrategie «Beteiligung, Begegnung, Befähigung». Für die – nach dem Austritt Russlands – nunmehr 46 Staaten des Europarats liegen die Prioritäten bei der Wiederbelebung der pluralistischen Demokratie, dem Zugang zu Rechten, dem friedlichen Zusammenleben in integrativen Gesellschaften sowie der Jugendarbeit. Die beiden Jugendstrategien unterscheiden sich zwar in Argumentation und Praxis, aber sie streben im Kern beide danach, das Engagement für junge Menschen durch mehr Partizipation, Dialog und Inklusion zu stärken.

Seit den ersten Jugendstrategien aus den frühen 2000er-Jahren hat sich der europäische Kontext drastisch verändert. Die wirtschaftliche Erholung von der Finanzkrise

2008 geriet mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie 2020 ins Stocken; die ersten Lockdowns erfolgten nur kurz nach der Lancierung der Jugendbereich-Strategie 2030 des Europarats. Persönliche Kontakte zwischen jungen Menschen in Europa, etwa über die EU-Mobilitätsprogramme, wurden unmöglich. Die Jugendarbeit, die als besonders zentral für das Erreichen diverser Ziele gilt, musste digital vor sich gehen – mit vielen negativen Folgen, aber auch einigen überraschenden Vorteilen. Aus den meisten Krisen ergeben sich unerwartete Chancen! Doch nun bedroht der Krieg in der Ukraine, zusammen mit Wahlerfolgen populistischer Politiker:innen, die Demokratie in Europa, zehrt an den Volkswirtschaften, legt Klimaschutzmassnahmen auf Eis, gefährdet die Energieversorgung und macht den Arbeitsmarkt für junge Menschen noch unsicherer.

Sind die sorgfältig ausgearbeiteten europäischen Jugendstrategien bereits überholt, bevor sie überhaupt richtig umgesetzt werden konnten? Die Antwort lautet sowohl ja als auch nein. Da sie breit gefasst sind, bleiben sie relevant und versprechen der europäischen Jugend nach wie vor viele Chancen. Sie bedürfen jedoch einer erneuten Überprüfung und vielleicht einer Überarbeitung, wenn sie sich wirkungsvoll mit den aufkeimenden Ungleichheiten befassen sollen, mit denen junge Menschen in Europa konfrontiert sind und die sich während der Pandemie dramatisch verschärft haben – zum Beispiel in den Bereichen formale und nicht-formale Bildung, Ausbildungsmöglichkeiten, Erwerbstätigkeit und Gesundheit.

Die Digitalisierung und der ökologische Wandel machen die Sache nicht einfacher: Die europäischen Institutionen müssen sicherstellen, dass sie die benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen erreichen, wenn die strategischen Ziele der Integration und Beteiligung junger Menschen erreicht werden sollen. ★



© Howard Williamson

DR. HOWARD WILLIAMSON ist Professor für europäische Jugendpolitik an der University of South Wales im Vereinigten Königreich. Zuvor war er an den Universitäten von Oxford, Cardiff und Kopenhagen tätig und hatte Gastaufenthalte an verschiedenen Universitäten und Forschungsinstituten im Ausland. Er hat zahlreiche Vorträge gehalten und Veröffentlichungen über junge Menschen, Jugendpolitik und Jugendarbeit publiziert. Williamson ist ausgebildeter Jugendarbeiter und leitete 25 Jahre lang parallel zu seiner akademischen Forschung ein Jugendzentrum. Er hat von der walisischen und britischen Regierung über die Europäische Kommission und den Europarat bis hin zu den Vereinten Nationen auf vielen Ebenen in jugendpolitischen Fragen beraten und er koordinierte die internationalen Überprüfungen der nationalen Jugendpolitik durch den Europarat. Darüber hinaus ist er Vorstandsmitglied des *Cardiff City Centre Youth Project*, des *Restorative Justice for All International Institute*, der Stiftung *Europäisches Forum Alpbach* und der *Duke of Edinburgh's International Award for Young People*.

«Wir müssen weitermachen. «Europa wird nicht auf einmal geschaffen werden.» Jeder kleine Schritt zählt.»

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und auch in Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas spricht Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, mit uns über die aktuellen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf den europäischen Kontinent.



© Lucie Steinzova (RFE/RL)

VĚRA JOUROVÁ ist Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz. Sie beschäftigt sich mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienpluralismus und dem Kampf gegen Desinformation. Von 2014 bis 2019 war sie als EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung tätig. Bevor Jourová 2014 zur EU-Kommission kam, arbeitete sie in ihrem eigenen Unternehmen als internationale Beraterin für EU-Fördermittel und übernahm vor dem Hintergrund des EU-Beitritts auch Beratungstätigkeiten auf dem westlichen Balkan. Darüber hinaus war sie Ministerin für regionale Entwicklung in der Tschechischen Republik. Jourová hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften und einen Master in Kulturanthropologie von der Karls-Universität Prag.

Das europäische Projekt war von Anfang an mehr als eine Wirtschaftsunion – es ist seit jeher auch ein Friedens- und Freiheitsprojekt. Was zeichnet dieses Projekt aus Ihrer Sicht aus?

Anfang Mai haben wir dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor 77 Jahren und den zahlreichen Opfern gedacht. Diese Erfahrung menschlichen Leids gab den Anstoss für die Gründung der Union, die auf Frieden und gemeinsamen Werten beruht. Trotzdem ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Mehr denn je müssen wir deshalb die grundlegenden Werte, wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, hochhalten und verteidigen.

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine herrscht wieder Krieg in Europa. Was bedeutet das für die Sicherheitsarchitektur Europas und für die EU?

Die durch nichts gerechtfertigte Aggression führt uns einmal mehr vor Augen, dass wir unsere Demokratien widerstandsfähiger machen müssen. Die aktuelle Situation zwingt uns auch, die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung neu zu denken. Die europäische Sicherheit und Verteidigung haben sich in den letzten Monaten stärker entwickelt als in den zwei Jahrzehnten zuvor. Die Aggression verdeutlicht zudem, dass Russland den Wunsch nie aufgegeben hat, das ehemali-

ge sowjetische Territorium als Einflussosphäre zurückzugewinnen. Mit unseren transatlantischen Partnern und anderen Verbündeten stehen wir an der Seite des ukrainischen Volkes und werden das regelbasierte internationale System verteidigen.

Der Krieg hat auch einen Einfluss auf die Energie- und Versorgungssicherheit, die Agrarpolitik oder die Klima- und Umweltpolitik. Mit welchen Veränderungen rechnen Sie hier?

Die Folgen dieses Kriegs werden tatsächlich weitreichend sein. Energiepolitik wird zunehmend auch zur Sicherheitspolitik. Die Unabhängigkeit von russischem Gas, Öl und Kohle ist zum gemeinsamen Ziel der Mitgliedstaaten geworden. Obwohl sich die Voraussetzungen der Mitgliedstaaten unterscheiden, bringt der Krieg sie näher zusammen. Sie werden erstmals ihre kollektive Verhandlungsmacht nutzen, um anderweitig Gas zu beschaffen. Diese Energiekrise wird auch den grünen Wandel beschleunigen: Wir werden Projekte für erneuerbare Energien vorantreiben und in Technologie und Energieeffizienz investieren. Dies wiederum geht Hand in Hand mit dem digitalen Wandel. Zur Landwirtschaft – sie wandelt sich gleich doppelt: Analysetechniken für immer grössere Datenmengen erlauben eine nachhaltigere und ressourceneffizientere Landwirtschaft.



Věra Jourová auf der Bühne am Web Summit, Europas grösster Technologiekonferenz, in Lissabon am 2. November 2021

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Wladimir Putin die Grundwerte des europäischen Projekts und die Demokratie attackiert. Teilen Sie als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz diese Ansicht?

Natürlich greift Putin Demokratie und Menschenrechte an. Fast täglich hören wir schreckliche Berichte über Kriegsverbrechen der russischen Armee: ein eklatanter Verstoß gegen die internationalen Menschenrechte und gegen das humanitäre Völkerrecht. Putin glaubt an die Herrschaft der Stärke – sein Regime beschränkt die Redefreiheit und unterdrückt die Zivilgesellschaft. Wer den Krieg einen Krieg nennt und nicht eine «Spezialoperation», gewärtigt fünfzehn Jahre Gefängnis. Putin hat eine Kriegspropaganda-Maschinerie aufgebaut und die freie Presse praktisch abgeschafft. Wir spüren eine ausländische Einmischung auch in Europa, aber wir haben Abwehrmassnahmen ergriffen. Sanktionen gegen Propagandakanäle des Kremls schützen unsere Demokratie.

Europäische Werte werden auch im Innern in Frage gestellt. In Ungarn etwa wurde Viktor Orbán wiedergewählt, obwohl er und sein Umfeld beschuldigt wurden, «europäische Gelder zu stehlen». Wie reagieren Sie darauf?

Wir haben das Wahlergebnis zu respektieren; hier haben die ungarischen Bür-

ger:innen das letzte Wort. Die Kommission ihrerseits verteidigt die Rechtsstaatlichkeit als verbindliches Prinzip für alle EU-Mitgliedstaaten. Wir nutzen alle verfügbaren Mittel, um diesbezügliche Probleme anzugehen. Kürzlich haben wir formell den Konditionalitätsmechanismus gegen Ungarn in Gang gesetzt, weil wir Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit festgestellt haben.

Der erwähnte Konditionalitätsmechanismus wurde vom Europäischen Gerichtshof gutgeheissen. Inwieweit bringt er einen Fortschritt für Demokratie und Transparenz?

Mit dem EU-Beitritt haben sich die Mitgliedstaaten zur Einhaltung gemeinsamer Regeln verpflichtet. Wir hörten von einigen Mitgliedstaaten, dass EU-Steuererlöse nicht dort ausgegeben werden sollten, wo mangelnde Rechtsstaatlichkeit die finanziellen Interessen der EU gefährdet – etwa durch mangelnde Korruptionsbekämpfung oder indem politische Unterstützer:innen mit öffentlichen Aufträgen begünstigt werden. Deshalb mussten wir diesen Konditionalitätsmechanismus in unseren Werkzeugkasten aufnehmen. Bei dessen Anwendung müssen wir einen Zusammenhang zwischen dem Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und den Auswirkungen auf wirtschaftliche und finanzielle EU-Interessen nachweisen. Priorität der Kommission ist es, das Geld der Bürger:innen zu

“

«Mehr denn je müssen wir die grundlegenden Werte, wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, hochhalten und verteidigen.»



Věra Jourová bei einer Plenarsitzung der Konferenz zur Zukunft Europas in Strassburg

“

«Mein letzter Besuch in Genf und Bern hat gezeigt, dass wir bereit sind für gemeinsame Lösungen – auch weil wir die gleichen Grundwerte teilen.»

schützen und dafür zu sorgen, dass jeder Euro aus dem EU-Haushalt regelkonform ausgegeben wird. Ebenso wichtig als präventives Instrument ist der jährliche Rechtsstaatlichkeitsbericht.

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas konnten Menschen aus ganz Europa in vier Bürgerforen und auf der digitalen Plattform ihre Ideen einbringen und die Zukunft mitgestalten. 2022 ist auch das Europäische Jahr der Jugend. Was waren die Forderungen der jungen Leute?

Ich bin beeindruckt und dankbar dafür, wie fleissig Bürger:innen aller Altersgruppen und Schichten an der Konferenz mitgearbeitet haben. Die Erwartungen der Jungen gesondert zu betrachten ist schwierig – aber was auffällt, ist ihr Bekenntnis zu einem grünen Wandel. Die jungen Leute sind bereit, auf Komfort zu verzichten, um den Klimawandel einzudämmen. Ich hatte zum Beispiel das Vergnügen, mit einem jungen Teilnehmer aus der Tschechischen Republik darüber zu diskutieren: Er forderte ausdrücklich mehr Radwege.

Was sind die nächsten Schritte – welche Lehren zieht die EU aus dieser Bürgerinnenbeteiligung?

Die Konferenz endete offiziell am 9. Mai mit der Übergabe des Abschlussberichts an die drei EU-Institutionen. Die Bereitschaft zur Nachbearbeitung ist gross. Ich würde deshalb nicht vom Ende, sondern

vom Beginn einer neuen Phase sprechen. Die Institutionen müssen das Ganze nun bewerten. Für diesen Herbst ist eine Feedback-Sitzung geplant, und wir bleiben in Kontakt mit den Teilnehmenden.

Wir nehmen auch die europäischen Bürger:innen-Initiativen ernst. Es handelt sich um ein Agenda-Setting-Instrument, um ein Stück partizipativer Demokratie. Mit der Konferenz zur Zukunft Europas könnte die Bürger:innenbeteiligung auf eine neue Ebene gehoben werden. Wir Entscheidungsträger:innen müssen wissen, was die Bürger:innen von uns erwarten und in welcher Art von Europa sie leben möchten. Wir haben gesehen, dass die Leute eine ehrgeizigere, entschlossenerere und durchsetzungsfähigere EU wollen. Eine EU, die sich mehr um die Bedürfnisse der Menschen und weniger um institutionelle Prozesse kümmert.

Durch den Brexit, die Covid-19-Pandemie und jetzt durch den Krieg in der Ukraine sind die europäischen Staaten näher zusammengedrückt. Was bedeutet das für die Schweiz und ihre Europapolitik?

Die Schweiz ist eine starke Partnerin der Europäischen Union. Daran hat sich nichts geändert, auch nicht durch das Zusammenrücken der Mitgliedstaaten wegen diverser Krisen. Wir begrüssen, dass sich die Schweiz den EU-Sanktionen angeschlossen hat. In der sich stetig verändernden Welt stehen wir vor vielen gemeinsamen Herausforderungen. Mein letzter Besuch in Genf und Bern hat gezeigt, dass wir bereit sind für gemeinsame Lösungen – auch weil wir die gleichen Grundwerte teilen.

Was möchten Sie unseren Leser:innen noch mit auf den Weg geben?

Ein Zitat von Robert Schuman, der vor 72 Jahren sagte: «Europa wird nicht auf einmal oder nach einem einzigen Plan geschaffen werden. Es wird durch konkrete Errungenschaften aufgebaut werden, die zunächst eine faktische Solidarität schaffen.» Hier müssen wir weitermachen. Mir gefällt das, weil es bedeutet, dass jeder kleine Schritt und jede Stimme zählt. Gerade darin ist ja auch die Schweiz sehr gut. ★

Mehr Europa – jetzt erst recht

von **Tiana Moser**, Nationalrätin Grünliberale/Zürich

Mit Russlands Angriff auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Hier galten Frieden und Demokratie zwar nicht als garantiert, aber zumindest nicht als akut bedroht. Die Realität ist über Nacht eine andere geworden. Das hat den Sinn für Zusammenhalt in Europa schlagartig verändert, auch in der Schweiz.

Neue Realitäten, dieselben Fragen

Angesichts dieser disruptiven Realitäten ist die aktuelle Europapolitik des Bundesrates buchstäblich aus der Zeit gefallen. Während die europäischen Länder weiter zusammenrücken, erodiert der einst verlässliche bilaterale Weg schrittweise. Den Schaden dieser verfehlten Politik tragen bereits die Medizinaltechnik und der Forschungs- und Bildungsbereich. Schrittweise wird es die gesamte Bevölkerung treffen. Wie absurd die isolierte Position in Europa ist, zeigt die Diskussion um die Strom- und Gasversorgung in der aktuellen Krise. Während sich die umliegenden europäischen Länder gemeinsam organisieren, ist die Schweiz auf die Rolle einer Bittstellerin reduziert.

Der Bundesrat hat sich nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu einem Vorgehen unter dem Titel «Sektorier Ansatz» durchgerungen. Damit will er einerseits die institutionellen Fragen in den einzelnen Abkommen regeln und andererseits zusätzliche Abkommen wie das Stromabkommen oder jenes zur Lebensmittelsicherheit abschliessen.

Die Schlüsselfrage ist, ob dieser Ansatz zu einer Einigung mit der EU führen kann. Denn die zu beantwortenden Fragen bleiben seit Jahren dieselben. Im europäischen Markt sollen für alle die gleichen Regeln gelten. Wenn der sektorielle Ansatz bedeutet, dass die institutionellen Fragen für die klassischen Marktzugangsthemen wie die MRA-Abkommen geklärt werden, nicht oder nicht im selben Umfang aber für die Personenfreizügigkeit, dann ist der Ansatz eine Sackgasse. Wenn der sektorielle Ansatz aber heisst, dass die institutionellen Fragen in allen Abkommen gleich oder gleichwertig geklärt werden, besteht zu-

mindest Hoffnung auf ein Resultat. Der Lösungsansatz wird dann zwar unter dem Titel «Sektorier Ansatz» präsentiert, das Abkommen wird aber eine horizontale Wirkung entfalten und damit dem Rahmenabkommen ähnlich sein.

Für die Diskussion in der Schweiz wird entscheidend sein, dass neben dem Zugang zum europäischen Markt auch neue Abkommen präsentiert werden – wie das Stromabkommen oder das Gesundheitsabkommen sowie die gesicherte Teilnahme an den Kooperationsabkommen der Forschung und Bildung. Ob der Bundesrat diesem Resultat «Sektorier Ansatz», «Institutionelles Abkommen 2.0», «Bilaterale III» oder einen anderen Titel gibt, ist sekundär. Für die Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft ist es aber sehr wohl relevant, dass der Bundesrat rasch eine Lösung präsentiert. Spätestens seit dem Abbruch der Verhandlungen und der Erosion der bestehenden Beziehungen arbeitet die Zeit gegen uns.

Lösungen finden und mehr Mitsprache erlangen

Der Weg zur Lösung wird nur über eine redliche und transparente Auseinandersetzung über unsere Beziehung zu unseren engsten Partnern – den europäischen Ländern und damit der EU – möglich sein. Luftschlösser bauen und wortstark Forderungen stellen, wie das linke und rechte Kräfte praktizieren, bringt uns einer Lösung nicht näher. In der Frühlingssession haben zumindest zwei Resultate im Nationalrat darauf hoffen lassen, dass das Parlament sowohl Lösungen wie auch mehr Mitsprache will: Das deutliche Ja zur Prüfung des EWR-Beitritts und das deutliche Ja zur parlamentarischen Initiative für ein Europagesetz waren Ausdruck davon. Es bleibt zu hoffen, dass unter dem Eindruck des Schreckens des Krieges das Bewusstsein über die verbindenden Elemente mit Europa in der Schweizer Politik mehr Gewicht erhält und uns damit einer Lösung rasch näherbringt. ★



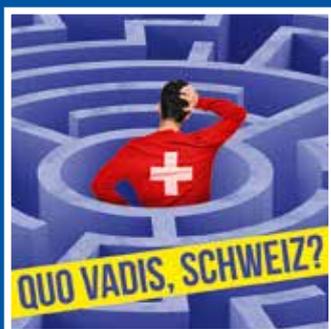
© Tiana Moser

TIANA MOSER ist seit 2007 Nationalrätin der Grünliberalen und ist seit 2012 deren Fraktionspräsidentin. Sie ist seit Beginn Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, welche sie von Dezember 2019 bis 2021 präsidierte. In dieser Rolle vertrat sie jeweils die Mehrheit der Kommission, die sich mit Nachdruck für eine Weiterverhandlung des Rahmenabkommens aussprach. Zusätzlich zum aussenpolitischen Engagement vertritt Tiana Moser die Grünliberalen in der Staatspolitischen Kommission. Die Umweltpolitik war zudem stets ein treibender Faktor ihres politischen Engagements, so setzt sie sich beispielsweise seit Jahren für eine Reduktion des Pestizideinsatzes und für den Erhalt der Biodiversität ein. Tiana Moser hat an den Universitäten Zürich und Pompeu Fabra in Barcelona Politik-, Umweltwissenschaften und Staatsrecht studiert und arbeitete anschliessend mehrere Jahre in der Wissenschaft an der ETH Zürich. Sie ist Mutter von vier Kindern und lebt in der Stadt Zürich.



Die Bedeutung eines «europäischen» Vermächtnisses

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz

Die Europäische Bewegung Schweiz erhält von Zeit zu Zeit Legate. Darüber zu sprechen und zu zeigen, was dank der Grosszügigkeit der Urheber:innen dieser Legate erreicht werden konnte, bedeutet, sie zu ehren, ihnen zu danken und ihr Andenken lebendig zu halten.

Im Jahr 2013 ist ein bedeutender Unterstützer der europäischen Idee von uns gegangen. Zu Lebzeiten setzte er sich unermüdlich für eine weltoffene Schweiz ein, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen oder in Europa durch eine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum oder einen Beitritt zur Europäischen Union. Sein Aktivismus erfolgte in Form von öffentlichen Stellungnahmen, Medienauftritten, aber auch durch finanzielle Beiträge an verschiedene Organisationen. Die Europäische Bewegung hatte das Privileg, während vieler Jahre auf seine Grosszügigkeit zählen zu können. Einige Monate nach seinem Tod erreichte uns ein Schreiben. Darin wurde uns mitgeteilt, dass die Europäische Bewegung testamentarisch begünstigt wird. Es folgten mehrere Anzahlungen, bis im Herbst 2021 die letzte Spende eintraf und damit ein über sechs Jahre dauerndes Nachlassverfahren beendet wurde.

Förderung der europäischen Idee

Der erhaltene Betrag in der Höhe von fast 350 000 Franken war so hoch, dass der Vorstand der Europäischen Bewegung entschied, ihn einem eigenen Fonds zuzuweisen, der ausdrücklich zur Finanzierung spezifischer Aktivitäten und Kampagnen eingerichtet wurde. Bereits 2015 wurde eine erste Investition getätigt, um die Website zu erneuern. Im Jubiläumsjahr 2018 konnte den Mitgliedern dank des Fonds ein Gesicht gegeben und die Idee der Schweiz in Europa zusätzlich gefördert werden. 2019 wurde in den Ausbau der Kampagnenfähigkeiten und in die Kommuni-

kationsstrategie investiert. Dies führte zur Lancierung der Kampagne «Wir Europäer*innen» und der Aktions-Plattform *unser.europa.ch* – ein anhaltender Erfolg! Der Fonds hat damit konkret dazu beigetragen, unsere Botschaften in den sozialen Netzwerken auch einem jüngeren Publikum zugänglich zu machen, neue Bildmaterialien zu produzieren und die Sichtbarkeit des europäischen Projekts sowohl in den Medien als auch bei einem neuen Publikum zu verbessern. Diese Investition war entscheidend, um endlich die notwendige digitale Wende einzuleiten und um weiterhin effizient und nachhaltig für eine offene und europäische Schweiz eintreten zu können. Unabhängig von der Höhe des Betrags, jedes Legat ist wertvoll und kann einen Unterschied machen.

Eine ganz besondere Spende

Mit den Mitgliederbeiträgen und den regelmässigen Spenden können wir die tägliche und wichtige Arbeit des Sekretariats, die Herstellung des Magazins *europa.ch*, das Sie gerade in Ihren Händen halten, oder die Organisation von Sessionsbesuchen im Bundeshaus organisieren. Unabhängig vom Betrag hat ein Legat jedoch eine besondere Bedeutung: Es ermöglicht eine aussergewöhnliche Investition, die Verwirklichung eines besonderen Projekts. Darüber hinaus gibt es uns die Möglichkeit, die Erinnerung an diejenigen wachzuhalten, die sich für Europa eingesetzt haben und dies auch weiterhin tun – an diejenigen, denen das europäische Projekt und die volle Teilnahme der Schweiz am Herzen lagen und auch heute noch liegen. Unsere Welt zu verlassen, bedeutet also keineswegs, dass wir aufhören zu existieren. Ganz im Gegenteil. ★

Weg von der Ersatzbank, bewegen wir uns endlich

von **Janina Aeberhard**, Stv. Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Schweiz

Während sich die Welt um uns herum in rasantem Tempo verändert, schaut die Schweiz den Entwicklungen weiterhin unerschrocken von der Ersatzbank aus zu, anstatt sich endlich aufs Spielfeld zu wagen. Als Europäische Bewegung Schweiz haben wir das längst getan.

Solidaritätskampagne «Together for Europe»

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns in aller Deutlichkeit, dass das europäische Friedens- und Freiheitsprojekt nicht selbstverständlich ist. Als Europäer:innen müssen wir uns jeden Tag aufs Neue für Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzen. Vor diesem Hintergrund und im Rahmen der Aktion «Stand for Peace, Freedom and Democracy» der Europäischen Bewegung International haben wir direkt nach Kriegsausbruch eine Solidaritätskampagne lanciert. Mit dem Solidaritätssticker «Together for Europe» zeigen wir, dass wir auch in Krisenzeiten für ein geeintes, demokratisches und föderales Europa eintreten, das solidarisch an der Seite der Ukraine steht.

Generalversammlung und Europäischer Nachmittag vom 7. Mai

An der Generalversammlung wurden unter anderem die Organe der Europäischen Bewegung erneuert. Eric Nussbaumer wurde als Präsident bestätigt. Dominik Elser ist neu Teil des Vizepräsidiums, an der Seite von Sibel Arslan (Nationalrätin Grüne/BS), Roland Fischer (Nationalrat GLP/LU), Vincent Maitre (Nationalrat Die Mitte/GE), Claude Nicati und Chantal Tauxe. Darüber hinaus wurden Klaus Kirchmayr zum neuen Kassier und Patrick Schmied als neues Vorstandsmitglied gewählt. Neben der Erneuerung der Organe hat die Versammlung in einer Resolution ihr Engagement für Demokratie, Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bekräftigt. Die Mitglieder waren sich einig, dass wir mehr denn je eine gemeinsame und starke europäische Antwort brauchen und dass sich auch

die Schweiz vollumfänglich daran beteiligen muss.

Am «Europäischen Nachmittag» hielt S.E. Dr. Artem Rybchenko, Botschafter der Ukraine in der Schweiz, einen fesselnden Keynote-Speech, bevor die Journalistin Isabelle Ory und Dr. Achim Wennmann vom *Geneva Graduate Institute* über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die EU und die Sicherheitsarchitektur des Kontinents diskutierten. Der Frage, ob die Zeitenwende in Europa auch zu einer neuen Europapolitik der Schweiz führen wird, nahmen sich die Parlamentarier:innen Melanie Mettler, Nicolas Walder und Eric Nussbaumer an.

Nationale Abstimmungen vom 15. Mai: 2x Ja zu Europa

Unsere Aktivitäten der vergangenen Wochen haben sich insbesondere auf die Abstimmungen vom 15. Mai konzentriert. Sowohl die Abstimmung über die Frontex-Vorlage als auch über das revidierte Filmgesetz standen in direktem Zusammenhang mit dem Platz und der Rolle der Schweiz in Europa. Mit dem Ja zu beiden Vorlagen hat die Schweiz gezeigt, dass sie Verantwortung in Europa übernehmen und sowohl in sicherheitspolitischer als auch in kultureller Hinsicht mit den europäischen Partnern zusammenarbeiten will. Dies ist ein wichtiges Signal – es heisst aber nicht, dass wir uns jetzt zurücklehnen können.

Europatagung am 5. November und Brüssel-Reise

Wir planen auch dieses Jahr wieder eine grosse Europatagung in Bern. Tragen Sie sich schon mal den Samstag, 5. November 2022 in Ihrer Agenda ein. Weitere Informationen folgen. Darüber hinaus freut es uns anzukündigen, dass wir für anfangs September eine Brüssel-Reise planen. Wenn Sie sich dafür interessieren, dürfen Sie uns gerne bereits kontaktieren (info@europa.ch). ★



© Europäische Bewegung Schweiz



© GABRIEL DESIGN



© GABRIEL DESIGN



© GABRIEL DESIGN

Der Krieg in der Ukraine erfordert neue Prioritäten

von **Knut André Sande**, Vorstandsmitglied der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)



© Knut André Sande

KNUT ANDRÉ SANDE ist ein norwegischer Jugendaktivist, der sich für ein freieres, faireres und noch stärker geeintes Europa einsetzt. Er ist seit seinem Beitritt zu JEF Norwegen im Jahr 2013 aktiv und stand der Sektion von 2017 bis 2021 als Präsident vor. Darüber hinaus war er Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Norwegen. Derzeit studiert er Jura an der Universität Oslo und arbeitet bei der norwegischen Datenschutzbehörde. Seit 2021 ist er Mitglied des Vorstands der JEF Europe. Um mehr über die JEF zu erfahren oder Knut André Sande zu kontaktieren, besuchen Sie die Webseite www.jef.eu!

Nach zwei Jahren Pandemie ist es an der Zeit, das Jugendengagement in ganz Europa wieder anzukurbeln. Deshalb hat die Europäische Kommission das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Nun liegt es an uns jungen Europäer:innen, das Beste daraus zu machen. Packen wir es an!

Der europäische Kontext ist schwierig und anspruchsvoll. Während sich die europäischen Gesellschaften nach zwei Jahren Pandemie allmählich wieder öffneten, griff Putins Russland die Ukraine in einer gross angelegten Invasion an. Plötzlich herrscht wieder Krieg in Europa.

Die Vorgängerorganisationen der Europäischen Union wurden mit dem Ziel gegründet, durch die Integration dauerhaften Frieden in Europa zu sichern. Durch Zusammenarbeit und das Finden gemeinsamer Lösungen sollte der Krieg überflüssig werden. Leider sind die Initiativen zur Einigung Europas nicht weit genug gegangen.

Der Krieg in der Ukraine ist eine unangenehme Erinnerung daran, dass wir Frieden, Demokratie und Sicherheit in unseren Gesellschaften nie als selbstverständlich erachten sollten. Jetzt ist jedoch ein Krieg um europäische Werte entbrannt, den wir auf keinen Fall verlieren dürfen.

Aufgrund des Kriegs mussten die Jungen Europäischen Föderalisten JEF ihre Prioritäten anpassen. In den vergangenen Wochen haben wir uns für die Ukraine und das ukrainische Volk eingesetzt. Überall in Europa haben JEF-Mitglieder demonstriert, Solidaritätsbekundungen verbreitet, politische Entscheidungsträger:innen angeschrieben und Spenden gesammelt. Die JEF Europe hat eine Petition für die Gewährung des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine, Moldawien und Georgien lanciert. Die JEF war sehr erfreut, an der letzten Vorstandssitzung im April 2022 die JEF Ukrai-

ne als ihre neueste Sektionskandidatin begrüssen zu dürfen. Es ist uns wichtig zu kommunizieren, dass die Ukraine ein Teil von Europa ist, und dass wir an ihrer Seite stehen. Jetzt liegt es nicht nur an der JEF, sondern an allen Europäer:innen, gemeinsam für ein freies, solidarisches und geeintes Europa einzustehen.

Nebst der Ukraine war die Konferenz zur Zukunft Europas eine unserer Hauptprioritäten im vergangenen Jahr. Die JEF-Mitglieder haben aktiv an dieser Konferenz mitgewirkt, bei der die EU-Bürger:innen über die Zukunft der Europäischen Union diskutieren konnten. Wir sind erfreut zu sehen, dass unsere Vorschläge zur Verbesserung der Union auf viel Unterstützung gestossen sind.

Aber Worte allein reichen nicht. Wir wollen Taten sehen. Deshalb haben wir gemeinsam mit mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen anfangs Mai den Strassburger Gipfel mitveranstaltet. Dieser ist Teil des Europäischen Jahres der Jugend; es haben zahlreiche junge Menschen daran teilgenommen. Neben unzähligen Veranstaltungen zur Zukunft Europas hat ein grosser Marsch stattgefunden, um den Erwartungen der Bürger:innen nochmals Nachdruck zu verleihen.

JEF Europe und ihre Sektionen haben für das Jahr 2022 eine Vielzahl von Aktivitäten auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene geplant. Eine der wichtigsten davon ist unser Aktionsplan 2022 mit dem Titel «Human rights and Youth: the Right thing to do!». Damit wollen wir die Jugend für Menschenrechte sensibilisieren. Ein Event im Rahmen dieses Aktionsplans hat vom 18. bis 22. Mai in Budapest stattgefunden. Darüber hinaus gibt es unsere «Federalist Academy» – ein interessanter Online-Kurs, der allen offen steht. Auf der Website der JEF kann man sich dafür anmelden und auch mehr über unsere Aktivitäten erfahren. Wir können und wollen die Zukunft Europas jetzt gestalten. ★

Während Europa von einer Krise in die nächste rutscht, ist die Stimme der Jugend wichtiger denn je!

von **Alana Rainone**, Vorstandsmitglied der young european swiss | yes

Das Jahr 2022 fängt für mich mit vielen Fragezeichen an. Ähnlich unerwartet, wie der Bundesrat die letzten Corona-Massnahmen aufgehoben hat, hat Putin den Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet. Es scheint, als rutsche Europa von einer Krise in die nächste.

Zur gleichen Zeit versuche ich mich dem neu begonnenen Masterstudium «European Global Studies» zu widmen, was nicht so einfach ist. Denn nach meiner längeren Reise durch Mittel- und Südamerika bin ich immer noch damit beschäftigt, meine Eindrücke und Erfahrungen zu verarbeiten. Es sind die vielen spannenden Begegnungen und Geschichten junger Leute aus aller Welt, die meine Reise prägten, mich zum Nachdenken anregen, inspirieren und beeindruckten.

Eindrücke aus Mittel- und Südamerika

Brayan, ein junger Anwalt aus Guatemala, erzählte mir, dass ein Grossteil der Bevölkerung unter 30 Jahre alt sei und junge Leute deshalb die Stärke des Landes ausmachen. Korruption und politische Instabilität würden in Guatemala jedoch verhindern, dass Gesetze und staatliche Massnahmen die Jugend tatsächlich stärken. Das Schulsystem sei prekär, viele Jugendliche rutschten in die Kriminalität ab oder verlassen das Land auf der Suche nach besseren Perspektiven. Gleichzeitig befinde sich Guatemala an einem Wendepunkt, immer mehr Junge beteiligten sich am politischen Leben, demonstrierten für die Rechte von Kindern, Frauen und Homosexuellen, und gingen damit für einen gesellschaftlichen Wandel grosse Risiken ein. Eine ähnliche Situation schilderte mir Johann aus Kolumbien. Die Jugendlichen im Land wollen gehört werden. Sie seien die Kräfte, die durch Proteste verhindern, dass die Regierung ihnen Grundrechte auf Gesundheit, Bildung und Arbeit vorenthält

und dass Ökosysteme durch den Verkauf an internationale Unternehmen zerstört werden, um Gold und Kohle abzubauen. Für viele Jugendliche sei die Zukunft trotz guter Ausbildung ungewiss. 2022 könnte jedoch ein Wendepunkt sein, denn die Präsidentschaftswahl im Mai und der mögliche Linksrutsch gebe vielen Jugendlichen Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Andere wiederum befürchten ein ähnliches Schicksal wie in Venezuela und sehen deshalb keine andere Wahl als die Flucht.

Gemeinsame Anliegen

Es sind Themen und Sorgen wie diese, die junge Menschen in vielen Teilen der Welt auf die Strassen treiben – auch in Europa. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft, Arbeitslosigkeit, die Bewältigung der Folgen der Pandemie, Gesundheitsfragen, gleiche Rechte für alle, Chancengleichheit oder Naturschutz.

Die Stimme der Jugendlichen

Wir befinden uns mitten im «Europäischen Jahr der Jugend», das nicht nur jungen Europäer:innen, sondern allen jungen Menschen eine Stimme geben soll. Wir dürfen nicht vergessen, dass Grundrechte, die in Europa zum Alltag gehören, in anderen Ländern noch längst nicht selbstverständlich sind und dass sie auch hier stets verteidigt werden müssen. Wir müssen deshalb noch lauter, noch mutiger und entschlossener sein. Als Vorstandsmitglied der YES setzte ich mich genau dafür ein und hoffe, dass die Stimmen aller jungen Menschen dieser Welt noch mehr gehört und in die Politik einbezogen werden. Denn die Jugend ist die Zukunft von morgen. ★



© Alana Rainone



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Vom gallischen Dorf zur Wohngemeinschaft

von **Fabian Molina**, Präsident der Sektion Zürich der Europäischen Bewegung Schweiz



© Schweizerisches Parlament



IMPRESSUM

Herausgeberin

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Renaud Debroeyer, Lorin Preisig
Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, PF 481, 3000 Bern 22, + 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Thomas Cottier und André Holenstein, Viola von Cramon-Taubadel, Silja Markkula, Fabian Molina, Tiana Moser, Alana Rainone, Knut André Sande, Dr. Howard Williamson

Übersetzung und Lektorat

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Renaud Debroeyer, Toni Koller, Lorin Preisig, Pierre Alain Seiler

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli Kommunikation, staempfli.com

Auflage

2700 Deutsch, 1700 Französisch

Titelseite

© European Union, 2022

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.

Ich habe Jahrgang 1990. Seit ich denken kann, wird in der Schweiz schlecht über die Europäische Union und überhaupt alles Fremde gesprochen. Und viel zu wenig widersprochen. Trotz essenzieller wirtschaftlicher Integration, engen wissenschaftlichen Banden, kulturellem Austausch und gemeinsamer Wertetradition hat sich in weiten Teilen unserer Gesellschaft der Eindruck verfestigt: Die Schweiz ist, was sie ist, nicht dank Europa, sondern wegen der Abgrenzung zu Europa. Dieses Zerrbild unseres Landes als gallisches Dorf, dass sich gegen die römische Besetzung wehrt, verhindert nicht nur eine realistische Artikulation der Schweizer Interessen, es führt auch dazu, dass unser Land keinerlei Verantwortung übernimmt für die gemeinsamen europäischen Aufgaben.

Unklare Beziehungen

Während Europa angesichts von Klima- und Wirtschaftskrise sowie jüngst dem Krieg in der Ukraine enger zusammenrückt, sind die Beziehungen der Schweiz zu unseren Nachbarn seit dem verantwortungslosen Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen so ungeklärt wie nie. Während die Ratlosigkeit im Bundesrat andauert, nimmt der Schaden für Forschung und Wirtschaft ein beträchtliches Ausmass an. Immer mehr zeigt sich, dass der bilaterale Weg an seine Grenzen stösst.

Wiederbelebung der «europäischen Allianz» im Parlament

In dieser Situation muss die Europa-Allianz im Parlament, die sich für eine pragmatische, aber stetige Integration unseres Landes in Europa einsetzt, wiederbelebt und der zivilgesellschaftliche Druck für eine verantwortungsvolle und solidarische Schweiz erhöht werden. Die Europäische Bewegung, die sich als einzige Schweizer Organisation den EU-Beitritt als oberstes Ziel auf die Fahne geschrieben hat, spielt hier eine entscheidende Rolle. Als langjähriges Mitglied der Europäischen Bewegung

freue ich mich deshalb enorm, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Verantwortung übernehmen

Die Lösung der institutionellen Fragen des EU-Binnenmarktzugangs der Schweiz sind das drängende Problem, das rasch gelöst werden muss. Gleichzeitig bin ich aber überzeugt, dass wir angesichts der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit, die unser Kontinent nur gemeinsam lösen kann, auch einen politischen Kulturwandel einläuten und alte Zerrbilder korrigieren müssen. Weg vom Trauma des EWR-Neins, das bis heute die Europapolitik in den Köpfen blockiert; hin zu einer Schweiz, die als gleichberechtigter Teil des gemeinsamen Hauses Europa Verantwortung übernimmt für diese wunderbare Wohngemeinschaft. Daran müssen wir als Bewegung arbeiten. ★

Missverstandene Souveränität

von **Thomas Cottier** und **André Holenstein**, Autoren

Wirtschaftliche Integration und institutionelle Abstinenz zeichnen den bisherigen Weg der modernen Schweiz in Europa aus. Obwohl die Grundideen der europäischen Einigung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Hertensteiner Programm wesentlich in der Schweiz geprägt wurden und sie deren demokratischen Föderalismus zum Vorbild nahmen, setzten sie sich in der Schweiz nicht durch. Die Neutralität wurde in der Nachkriegszeit extensiv verstanden und verschloss der Schweiz den Weg in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Erst der Beitritt Grossbritanniens, Irlands und Dänemarks öffnete den Weg für das Freihandelsabkommen von 1972. Gestützt darauf wurden über 120 Verträge ausgehandelt. 1999 und 2004 kamen die Bilateralen I und II dazu, einschliesslich einer umfassenden Integration in den Schengen-Raum. Eine dynamische Rechtsübernahme blieb die Ausnahme, ebenso die Mitsprache oder die zwischenstaatliche gerichtliche Streitbeilegung, nachdem das Volk 1992 den EWR-Vertrag abgelehnt hatte. Das über Jahre verzögert ausgehandelte institutionelle Rahmenabkommen scheiterte am 26. Mai 2021 im Bundesrat am Widerstand sektorieller Interessen, grundsätzlicher aber am landhäufigen Souveränitätsverständnis der Bundesratsparteien. Die Angst, Selbstbestimmung und Eigenständigkeit zu verlieren, dominierte den politischen Diskurs. Ein neuer Anlauf in den Verhandlungen kann nur gelingen, wenn tradierte Vorstellungen der Souveränität neu gedacht werden. Dieses Buch will dazu einen Beitrag leisten.

Inmitten Europas zeichnet sich die Geschichte der Schweiz seit jeher als Geschichte der Vernetzung und zahlreicher Verträge aus; nicht nur innerhalb der alten Eidgenossenschaft, sondern auch mit den Nachbarn des losen Staatenbundes. Die historische Realität zeigt ein Bild gegenseitiger Abhängigkeiten in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht. Der Mythos einer autonomen, unabhängigen, auf sich gestellten Schweiz kontrastiert mit einer Realität, die im Narrativ der Nationalstaatenbildung im 19. und 20. Jahrhundert in den Hintergrund gedrängt wurde. In den

Vordergrund rückte das falsche Bild einer autonomen und autarken Schweiz, das bis heute nachwirkt und ein national-konservatives Bewusstsein bedient. Dass die immerwährende und bewaffnete Neutralität und die Konturen der modernen Schweiz 1815 vom Wiener Kongress auferlegt wurden, wird vielfach verschwiegen. Dass die Gründung des Bundesstaates auf diesen Grundlagen die Idee eines gemeinsamen Marktes vorausnahm, verblasst hinter dem Mythos des Rütli. Dass der Föderalismus, die Gewaltenteilung und der Schutz der Grundrechte ein absolutes Verständnis der Volkssouveränität verdrängten und den Weg für ein kooperatives Verständnis der Souveränität freimachten, verblasst hinter der Vorstellung einer nach aussen gerichteten Idee der Selbstbestimmung und der Ablehnung sogenannt fremder Richter. Souveränität wurde reduziert auf die auswärtigen Beziehungen. Dabei zeigt sich, dass sie in erster Linie der innerstaatlichen Verfassung galt und hier ihre Bedeutung allmählich durch das horizontale und vertikale System der Gewaltenverschränkung verlor. Heute geht es darum, diese Gewaltenverschränkung auch transnational im Zuge der Europäisierung und Globalisierung herzustellen und den Grundgedanken des Föderalismus über die Landesgrenzen hinaus zu tragen. Das Buch legt die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen für ein zeitgemässes Verständnis der kooperativen Souveränität auch in den Aussenbeziehungen dar. Es macht den Weg frei für ein neues Selbstverständnis der Schweiz in Europa. ★



© zvg / Christine Strub

THOMAS COTTIER, emeritierter Professor für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Bern, arbeitet zum Welt handelsrecht, dem europäischen Aussenwirtschaftsrecht, dem internationalen Immaterialgüterrecht, zu allgemeinen Rechtsgrundsätzen und zur transnationalen Verfassungs- und Regelungstheorie. Er ist Präsident der Vereinigung La Suisse en Europe.

ANDRÉ HOLENSTEIN ist Professor für ältere Schweizer Geschichte und vergleichende Regionalgeschichte an der Universität Bern. Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Interessen und Publikationen steht die Vernetzung der Schweiz in Europa und die Geschichte der Migration in der Schweiz. Er ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften.



Wie souverän ist/war die Schweiz? Souveränität war in Wirklichkeit nie Selbstzweck, sondern diente dem Land und seiner Bevölkerung. Sie lässt sich auch in der Staatslehre, dem Verfassungs- und Völkerrecht nicht auf Selbstbestimmung und Autonomie reduzieren. Vielmehr steht sie für die Wahrung von Frieden und Wohlfahrt im Inneren wie in den Aussenbeziehungen. Das Buch zeigt die geschichtliche Entwicklung und die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen auf. Es erhebt Einspruch gegen ein in Politik und

Öffentlichkeit oft missverstandenes, absolutes Souveränitätsverständnis, das in Geschichte und Recht keine Grundlage findet.

Die Souveränität der Schweiz in Europa: Mythen, Realitäten und Wandel (Stämpfli Verlag, Bern, 2021, 249 Seiten)



Eyla vereint höchsten Komfort und Eleganz – als Drehstuhl für den hochwertigen Arbeitsplatz oder als Konferenzstuhl für den repräsentativen Besprechungsraum. Design: Burkhard Vogtherr und Jonathan Prestwich.
www.girsberger.com/eyla

